



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
1. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses
am Donnerstag, dem 27.04.2017
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Heinrich Behrens
Herr Thomas Blaschke
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Marco Pincus
Herr Volker Sekunde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Martin Wilhelm

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Timon Lütchen

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzsausschusses

Herr Karl Breckner
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Klaus Michallik

FW/FDP

Frau Heike Schaumann

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach

Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke

Gäste

Herr Tim Scharschuch

Entschuldigt fehlten

Herr Heinrich Hellekemper
Herr Michael Krause
Herr Gökçen Kuru
Herr Marian-Rouven Madeja
Frau Ursula Müller
Herr Rainer Nehls
Frau Ina Scharrenbach
Herr Helmut Stalz
Herr Martin Wiggermann
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 27.04.2017 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Blaschke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, Zuhörer/innen sowie den Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Vorstellung des Klimaschutzmanagers Maßnahme Nr. 1 „Installation Klimaschutzmanagement“ des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen	
3	Steuerung der Windenergienutzung gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB hier: Bericht der Verwaltung	
4	Konzept einer zukunftsgerichteten Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der Stadt Kamen hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Vorstellung des Klimaschutzmanagers
Maßnahme Nr. 1 „Installation Klimaschutzmanagement“ des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen

Herr **Dr. Liedtke** wies einleitend auf das vom Fachausschuss beschlossene Klimaschutzkonzept hin, welches als erste Maßnahme die „Installation Klimaschutzmanagement“ beinhaltet. Mit der Beschlussfassung sei die Verwaltung beauftragt worden, mit der Umsetzung der Maßnahmen zu beginnen. Eine wesentliche Bedeutung habe dabei die Ausstattung mit personellen Kapazitäten in Form der Einstellung eines Klimaschutzmanagers. Ein entsprechender Förderantrag sei positiv beschieden worden. Die bewilligte Zuwendung betrage 80 % der Personal- und Sachkosten. Die Stelle sei ausgeschrieben worden und im Ergebnis sei aus rd. 40 Bewerbungen die Entscheidung getroffen worden, Herrn Tim Scharschuch zum 01.05.2017 einzustellen. Nachfolgend werde sich Herr Scharschuch dem Umwelt- und Klimaschutzsausschuss persönlich vorstellen.

Mittels einer Präsentation stellte Herr **Scharschuch** sich, seinen bisherigen beruflichen Werdegang verbunden mit den Praxiserfahrungen als Klimaschutzmanager in der Gemeinde Ostbevern anhand von Projektbeispielen (u.a. Elektromobilität, Klimaschutz in Schulen, Solarpotentialkataster) vor. Das beschlossene Klimaschutzkonzept der Stadt Kamen sei Grundlage und Leitfaden für seine Arbeit. Er betonte, dass es sich dabei um ein offenes Konzept handele, welches die Möglichkeit biete, weitere Maßnahmen auch zu einem späteren Zeitpunkt mit aufzunehmen. Beispiele nannte er exemplarisch. Die Umsetzung sei als Gemeinschaftsaufgabe Verwaltung – Politik – Bürgerschaft zu betrachten und auch so zu bewerten. Er mahnte an, dass die Projekte nicht nur unter wirtschaftlichen Kriterien zu beurteilen seien. Zielerreichung und Verbesserung des Status Quo im Sinne des Klimaschutzes stünden im Vordergrund der Betrachtung bei der Projektum-

setzung, insofern rücke die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung als solche etwas mehr in den Hintergrund.

Herr **Diederichs-Späh** bedankte sich für den Vortrag. Er erkundigte sich bei Herrn Scharschuch, welche Zielwerte aus dem Konzept er in der Umsetzungsphase anstrebe. Darüber hinaus verwies er auf neue Berechnungsmethoden, welche nicht mehr die CO₂-Emissionen bewerten, sondern diese in CO₂-Äquivalente darstellen. Zusätzlich seien durch diese Methode des BBSR keine Berechnungen von Einsparpotenzialen oder Wirtschaftlichkeitsberechnungen möglich. Er fragte nach, wie Herr Scharschuch mit dieser Problematik umgehen wolle.

Herr **Scharschuch** erklärte, dass er noch am Anfang seiner neuen Aufgabe stehe. Die einzelnen Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes seien zunächst zu bewerten und zu priorisieren. Die Entscheidung über die Maßnahmenumsetzungen sei auch Teil der Arbeit dieses Ausschusses. Der Grad der Zielerreichung hänge schlussendlich auch davon ab, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Zu unterschiedlichen Berechnungsmethoden wies er darauf hin, dass die im Klimaschutzkonzept zugrundeliegenden Werte nicht die Realwerte für die Stadt Kamen seien. Die Energie- und CO₂-Bilanz des Konzeptes konnten aufgrund fehlender Daten nicht gänzlich erfasst werden. Hilfsweise seien bundesweite Kennwerte und regionale Grunddaten (Zahl der Einwohner, Beschäftigten, zugelassenen Fahrzeuge, Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften) herangezogen worden, so dass eine grobe Richtung und Vergleichbarkeit mit anderen Regionen ermöglicht werden konnte. Ein „wirkliches Nachmessen“ der Erfolge in Bezug auf die Energie- und CO₂-Bilanz im Kamener Stadtgebiet nach 3 oder 5 Jahren sei daher nicht möglich.

Herr **Liedtke** appellierte, Herrn Scharschuch im Rahmen dieser ersten Vorstellung nicht mit themenspezifischen Detailfragen zu überhäufen. Es solle ihm ermöglicht werden, sich erst in seine neue Tätigkeit bei der Stadt Kamen einzufinden.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr **Sekunde**, dass die Einstellung von Herrn Scharschuch als Klimaschutzmanager sehr begrüßt werde. Anhand der Praxisbeispiele seien mögliche Arbeitsthemen bereits aufgezeigt worden. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang verdeutlichte er, dass auch die Arbeit des Umwelt- und Klimaschutz Ausschusses durch die Einrichtung der Stelle des Klimaschutzbeauftragten weiter aufgewertet werde.

Herr **Behrens** ergänzte, dass die Beispielprojekte aus Ostbevern auch einen Rahmen für Kamen darstellen könnten. Wichtiger Aspekt für eine erfolgreiche Klimaschutzarbeit sei die Bewusstseinsstärkung vor Ort. Aufgabenträger sowie Bürgerinnen und Bürger müssten sensibilisiert werden. Wichtiges Thema sei auch die E-Mobilität; Steuerungsinstrumente wie Bauleitplanung und Lärminderungsplanung seien entsprechend zu nutzen. Der tatsächliche Beitrag zum Klimaschutz sei nicht zuletzt abhängig vom Erfolg der realisierten Projekte. Nach der Vorstellung sei er überzeugt, dass die Stadt Kamen auf dem richtigen Weg sei.

Eine hohe Zielsetzung, so erklärte Frau **Dörlemann**, werde erwartet. Auch ihre Fraktion freue sich auf die Zusammenarbeit. Das Klimaschutzkonzept enthalte gute Projekte. Eine intensive Öffentlichkeitsbeteiligung werde ausdrücklich begrüßt; der Bezug zu den Menschen vor Ort sei ein wichtiger

Faktor auch für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Klimaschutzprojekte.

Herr **Scharschuch** erklärte abschließend, dass auch er sich schon sehr auf die Zusammenarbeit freue.

Zu TOP 3.

Steuerung der Windenergienutzung gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Blaschke** erinnerte an die Ausschusssitzung vom 06.10.2016, in der der Gutachter die „Potenzialflächenanalyse Windkraftkonzentrationszonen“ ausführlich vorgestellt habe.

Herr **Breuer** informierte, dass das abschließende Gutachten Anfang 2017 in schriftlicher Form durch das beauftragte Büro vorgelegt worden sei. Er wies darauf hin, dass das Gutachten kurzfristig über das Ratsinformationssystem bereitgestellt werde. Abschließend sei festzustellen, dass die Prüfung harter und weicher Tabukriterien im Kamener Stadtgebiet zu dem Ergebnis komme, dass keine einzige Fläche die Voraussetzungen für die Ausweisung einer „Konzentrationsfläche“ erfülle. In Kamen gebe es nur eine tabu-freie Zone (zwischen A 1 und Heerener Holz), die aber bei einer Größe von ca. 1,5 ha für eine Konzentrationszone zu klein sei. Darüber hinaus liege diese Fläche zum größten Teil in einem Landschaftsschutzgebiet, so dass zudem die Zustimmung des Kreises Unna als Untere Naturschutzbehörde erforderlich wäre. Auch die derzeit im Flächennutzungsplan der Stadt Kamen dargestellte Windkraftkonzentrationszone ist nicht tabufrei, so dass sie nicht für die Errichtung von mehreren Windkraftanlagen geeignet ist. Schlussendlich gebe es damit kein Planungserfordernis gem. § 1 Abs. 3 BauGB. Die Darstellung einer Konzentrationszone im Bereich der Lüner Höhe führe im Ergebnis dazu, dass Einzelanlagen an anderen Stellen im Stadtgebiet planungsrechtlich ausgeschlossen seien. Jedoch sei die Möglichkeit, im Stadtgebiet für Einzelanlagen Einzelstandorte zu finden, aus Sicht des Gutachters zwar unwahrscheinlich, aber nicht grundsätzlich auszuschließen. Eine Einzelanlage komme mit geringeren Immissionsabständen aus als ein Windpark. Die Verwaltung empfehle die Aufhebung der Darstellung im Flächennutzungsplan. Dadurch könne die Rechtssicherheit verbessert und Standorte für Einzelanlagen gefunden werden, wobei der Kreis Unna als Genehmigungsbehörde in jedem Einzelfall immissionsrechtliche und artenschutzrechtliche die Zulässigkeit feststellen müsse. Nur so könne die Möglichkeit geschaffen werden, die Voraussetzungen für die Umsetzung der Maßnahmen Nr. 12 des Klimaschutzkonzeptes „Windenergienutzung“ zu erreichen.

Die Sinnhaftigkeit, ein Änderungsverfahren einzuleiten, welches eine Bearbeitungszeit von 2 bis 3 Jahren habe, wurde durch Herrn **Dr. Liedtke** bekräftigt. Insbesondere kleinere Anlagen könnten zulässig sein. Selbst bei einem Rückbau der Anlage Lüner Höhe bestehe nach derzeitigem Planungsrecht keine Möglichkeit, diese durch einen Neubau zu ersetzen.

Zu TOP 4.

Konzept einer zukunftsgerichteten Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der Stadt Kamen
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr **Lütschen** erläuterte den vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Frau **Schaumann** signalisierte, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde, da die Schaffung der Versorgungsinfrastruktur in erster Linie Aufgabe des Energieversorgers und nicht der Stadt sei.

Herr **Sekunde** hob hervor, dass die E-Mobilität ein wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes sei. Der vorliegende Antrag gehe nach Auffassung der SPD-Fraktion aber zu weit. Es sei sinnvoll, erst einmal alle Rahmenbedingungen zu prüfen, bevor ein konkretes Konzept erstellt werde. Er schlug vor, einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung zu richten (Formulierung s. Beschluss).

Nach eingehender Diskussion schloss sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Ausführungen von Herrn Sekunde an. Auch Frau **Schaumann** erklärte, dass dem vorgeschlagenen Änderungsantrag zugestimmt werden könne.

Zum Thema Förderung von E-Mobilität wies Herr **Diederichs-Späh** auf Fördermöglichkeiten hin. Eine Problematik sei z. B. bei e-Bike-Ladestationen im öffentlichen Raum die Beschädigung durch Vandalismus, die zu hohen Unterhaltungskosten führe. Er regte an, dies bei der Prüfung mit zu berücksichtigen.

Zum Thema Klimaschutz ergänzte Herr **Breckner**, dass sich E-Mobilität nur positiv auswirke, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien produziert werde.

Zur Nachfrage von Herrn **Michalik** erklärte Herr **Liedtke**, dass momentan nach seiner Information knapp 20 E-Autos in Kamen und ca. 155 E-Autos im gesamten Kreis Unna zugelassen seien.

Herr **Liedtke** fasste zusammen, dass die Änderung des Beschlussvorschlages in einen Prüfauftrag an die Verwaltung im Sinne aller Fraktionen sei. Er informierte des Weiteren darüber, dass in der Bahnhofstraße - im Bereich gegenüber des Rathauses - durch die GSW Kamen, Bergkamen, Bönen 2 Stellplätze mit E-Lademöglichkeiten absehbar geschaffen werden sollen. Ein entsprechender Förderantrag sei durch die Gemeinschaftsstadtwerke beantragt worden, so dass jetzt die Umsetzung folgen solle.

Herr **Blaschke** rief den geänderten Beschluss zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Erstellung eines Konzeptes zu Installation und Betrieb von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in Kamen zu prüfen und über die Ergebnisse in einer nächsten Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses zu berichten.

Dazu gehören besonders inhaltlich-fachliche und technische Fragestellungen, aber auch finanzielle Auswirkungen sowie Fördermöglichkeiten für die Erstellung eines Konzeptes und die fachliche Einbindung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1 Maßnahmen zum Schutz von Wild- und Honigbienen

Unter Bezugnahme auf die Beratung und Beschlussfassung zu dieser Thematik gab Herr **Harrach** einen kurzen Sachstandsbericht. Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Götz Heinrich Loos und der Biologischen Station werde die Bürgerwaldfläche in Südkamen in diesem Frühjahr mit regionalem Saatgut artenreich eingesät. Drei weitere Flächen werden in Rottum, Derne und Südkamen durch eine Pflegeumstellung und einer bedarfsweisen Ergänzungssaat weiter entwickelt. Die Verwaltung werde dadurch Erfahrungen sammeln mit dem Ziel, künftig noch weitere Flächen einzubeziehen.

Herr **Kühnapfel** verdeutlichte, dass die Bürgerwaldfläche durch die Aussaat der Wiesen- und Wildkräuter eine zusätzliche Aufwertung über viele Jahre erhalte, da der Kronenwuchs der dort angepflanzten Bäume nur langsam erfolge.

Zum Hinweis von Herrn **Behrens**, dass die Bienen offene und sonnenbeschienene Flächen benötigen, teilte Herr **Harrach** mit, dass die ausgewählten Flächen diesen Kriterien entsprächen.

5.1.2 Wildbienenhäuser für Schulen und Kindergärten

Herr **Liedtke** informierte, dass der Lions Club Bergkamen den Schulen und Kindergärten in Kamen und Bergkamen kostenlos Wildbienenhäuser zur Verfügung stelle.

5.2 Anfragen

5.2.1 Bürgerwald

Herr **Sekunde** fragte nach der Resonanz aus der Bürgerschaft auf den Bürgerwald in Südkamen.

Die Aktion sei gut angelaufen (Stand der Anmeldungen etwa 40), antwortete Herr **Harrach**.

5.2.2 Baumfällungen im Bereich der A1 in Südkamen

Herr **Sekunde** berichtete, dass nach Baumfällungen an der A 1 Anwohner aus dem Bereich Claudiusstraße/Gerhardtstraße über die Wahrnehmung

einer erhöhten Lärmbelastung klagen würden. Er erkundigte sich, ob diesbezüglich Maßnahmen zum Lärmschutz ergriffen werden sollen oder eine Neubepflanzung geplant sei.

Herr **Liedtke** sagte zu, eine entsprechende Anfrage an das Autobahnamt bzw. das Landesstraßenbauamt zu richten.

5.2.3 Zustand der Obstwiesen im Stadtgebiet

Herr **Kühnapfel** stellte fest, dass die Obstwiesen im Stadtgebiet in sehr schlechtem Zustand seien. Geringe Pflege führe zu einer schnellen Alterung. Verbiss von Pferden würde Baumschädigungen verursachen. Die Verarmung der Obstwiesen sei ausschlaggebend für den Rückgang der Steinkautz-Population. Er schlug vor, dass die Stadtverwaltung Gespräche mit den Verantwortlichen, insbesondere den landwirtschaftlichen Verbänden, führen solle, um den Zustand der Obstwiesen zu verbessern.

In der Sitzung am 06.10.16 habe Herr Behrens vorgeschlagen, Herrn Holzbeck als Referenten zum Thema „Aufgaben und Aktivitäten der Naturförderungsgesellschaft“ einzuladen, erinnerte Herr **Liedtke**. Herr Holzbeck habe seine Teilnahme an einer nächsten Sitzung des Umwelt- und Klimaschutz Ausschusses vorgemerkt. Er werde Herrn Holzbeck bitten, auch zum Thema „Obstwiesen“ vorzutragen.

Herr **Behrens** ergänzte, dass der Kreis Unna Obstbäume für die Anlegung von Obstwiesen zur Verfügung stelle. Er gehe davon aus, dass entsprechende vertragliche Regelungen zur Anlegung und Pflege der so geförderten Obstwiesen geschlossen würden. Insofern müsse es auch Regularien bei Vertragsverstößen geben.

Herr **Diederichs-Späh** verließ die Sitzung um 19.37 Uhr.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.
Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

Herr Blaschke schloss die Sitzung im 19.40 Uhr.

gez. Blaschke
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer